

## KURZ UND PRÄGNANT

### Weg frei für ein Transparenzgesetz

Der Landtag hat am 23. Juni den Antrag der Koalitionsfraktionen zur Stärkung von Informationsfreiheit und Transparenz beschlossen. Die Landesregierung wird aufgefordert, bis März 2017 einen Entwurf für ein Transparenzgesetz vorzulegen. Dazu MdL Steffen Dittes: „Nach Hamburg und Rheinland-Pfalz macht auch Thüringen jetzt den Weg frei für mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und Partizipation. Damit soll auch Politikverdrossenheit und Stimmungsmache von rechts entgegengetreten werden. Die Menschen sollen sich informieren und entscheiden können, Bereichsausnahmen und Ablehnungsgründe für Auskünfte werden auf das nötige Minimum reduziert.“ Das bisherige Informationsfreiheitsgesetz soll fortentwickelt und der Weg einer modernen öffentlichen Verwaltung weiter beschritten werden. „Mit der Einführung eines Transparenzregisters wird ein anonymer, kostenloser und für alle öffentlich erreichbarer Zugang für freie Informationen geschaffen, Thüringen orientiert sich an den Erfahrungen aus Hamburg und Rheinland-Pfalz und wird den Vorschlag für ein Transparenzgesetz vom Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit berücksichtigen.“ ■

### Großes Interesse an Politikrunden



Zum Tag der offenen Tür des Thüringer Landtags am 11. Juni Ministerpräsident Bodo Ramelow am Stand der Linksfraktion im Gespräch mit der Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow. Wenn auch in diesem Jahr nicht ganz so viele Besucherinnen und Besucher gekommen waren – aufgrund auch eines reduzierten Programms um das Landtagsgebäude herum –, so muss doch das große Bürger-Interesse an den Politikrunden im Plenarsaal hervorgehoben werden. Rede und Antwort standen hier neben den Fraktionsvorsitzenden die fachpolitischen Sprecher zu den Themen Bürgerbeteiligung und erneuerbare Energien. ■

# Mahnung und Gedenken an Rosa-Winkel-Häftlinge

**Um der Rosa-Winkel-Häftlinge zu gedenken hatten sich am 19. Juni eine ganze Reihe von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gesellschaft in der KZ-Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald versammelt, unter ihnen der geschäftsführende Vorstand der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, Jörg Litwuschuh, der Vorstand der AIDS-Hilfe Weimar und Ostthüringen, Michael Richter, und die Landesgleichstellungsbeauftragte, Katrin Christ-Eisenwinder. Für die LINKE-Landtagsfraktion haben MdL Karola Stange, MdL Dr. Gudrun Lukin und Geschäftsführer Dirk Möller am Gedenkstein für die Rosa-Winkel-Häftlinge einen Kranz mit der Aufschrift „Die Opfer mahnen uns!“ niedergelegt.**

Der Rosa Winkel steht für die homosexuellen Opfer der Nazi-Gewaltherrschaft, eine Opfergruppe die jahrzehntelang tabuisiert wurde. Der letzte Überlebende, Rudolf Brazda, starb 2013. „Etwa 10.000 homosexuelle Männer waren in Konzentrationslager verschleppt, mit dem Rosa Winkel gezeichnet, erniedrigt, gefoltert, zu Tode geschunden und ermordet worden, allein 650 waren im KZ Buchenwald inhaftiert“, sagte Michael Richter. Rudolf Brazda wurde am 18. August 1942 nach Buchenwald verschleppt und 32 Monate gequält.

In der Bundesrepublik existierte der Paragraph 175 (Strafgesetzbuch), der sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe stellte, noch bis zum 11. Juni 1994. In der DDR existierte er bis 1968. Eine vollständige Rehabilitation aller nach diesem Paragraphen

verfolgten Menschen steht bisher noch aus. Bundesjustizminister Heiko Maas will noch in dieser Legislatur reagieren, wie er 2014 ankündigte. In einem aktuellen Gutachten der Antidiskriminierungsbeauftragten Christine Lüders heißt es: Der „Gesetzgeber (wird) zur Rehabilitation der Opfer des § 175 verpflichtet“.

Der Rosa Winkel steht heute für Mut, Solidarisierung und Vielfalt, das Gegenteil der damals zugewiesenen Bedeutung. Er sollte uns Mahnung sein,

Auf parlamentarischer Ebene erntete die AfD im Oktober 2015 Kopfschütteln, als sie per Anfrage wissen wollte, wie viele homosexuelle Menschen in Thüringen leben. Das erinnert an die Rosa Listen, die, angelehnt an die sogenannte schwarzen Listen, der Sammlung von Daten über (vermeintliche) Homosexuelle seit etwa dem 19. Jahrhundert dienten.

Als LINKE stehen wir für eine bunte Vielfalt, eine Anerkennung aller Lebens- und Liebesformen und für ein ge-



uns zu erinnern, aber auch zu erkennen, wie homophobes Gedankengut in unserer Gesellschaft verankert ist. Das Massaker in Orlando im US-Bundesstaat Florida ist eines der jüngsten Beispiele homophober Gewalt. Am 12. Juni wurden 49 Menschen getötet und 53 verletzt – in einem Club, in dem sich Schwule, Lesben, Bi-, Trans- und Intersexuelle treffen.

samtgesellschaftliches Bewusstsein über homophobes Handeln. Wir müssen stetig dafür streiten, Homophobie, direkte oder latente, sichtbar zu machen, zu benennen und klare Konsequenzen daraus ziehen.

Das Gedenken in Buchenwald gehörte zu den Veranstaltungen zum Christopher Street Day in Weimar (CSD).

Michael Bicker ■

## Expertenkommission zum Verfassungsschutz notwendig

**Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Vorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen, kommentierte den am 24. Juni im Parlament vorgestellten Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK):**

„Der Bericht der PKK stützt unsere Auffassung, dass ein Verfassungsschutz weder notwendig noch geeignet ist, die Demokratie zu schützen.“

Der Bericht zeigt, dass die im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag formulierten Reformziele bisher nicht ausreichend umgesetzt wurden. Die vereinbarte Expertenkommission, die sich mit der Notwendigkeit und möglichen Befugnissen eines Thüringer Verfassungsschutzes beschäftigt, sollte nun zügig eingesetzt werden. Es ist Zeit, endlich mit den Kontinuitäten und Fehlern aus zwei Jahrzehnten Thüringer CDU-Geheimdienst zu brechen. Der frühere stellvertretende Thüringer SPD-Landesvorsitzende und ehemalige Wirtschaftsminister Matthias Machnig

warf dem Thüringer Verfassungsschutz 2012 ideologische Verblendung, Gleichsetzung von links und rechts und die Diskreditierung antifaschistischer Proteste vor. Heute erkenne ich kaum eine Veränderung zu den früheren Berichten der PKK, die offenbar in weiten Teilen einfach die Selbstdarstellung des Verfassungsschutzes sind. Das Amt scheint nicht reformfähig zu sein.“

### Extremismus-Theorie feiert im Amt fröhliche Urständ

Im Koalitionsvertrag wurde eine Einschränkung der Rechte des Geheimdienstes sowie eine grundsätzliche Überprüfung des Dienstes vereinbart – unter anderem aufgrund der Erfahrungen aus dem NSU, dem völligen Versagen der Geheimdienste und dem V-Leute-System, durch das die Nazi-Szene gefördert wurde. Zudem sollen die in der Vergangenheit vielfach dokumentierte Diskreditierung zivilgesellschaftlich und antifaschistisch Engagierter durch den Dienst sowie die Ver-

harmlosung der Gefahren durch Neonazis durch deren Gleichsetzung beendet werden.

Susanne Hennig-Wellsow weiter: „Der Bericht macht deutlich, dass auch die wissenschaftlich unhaltbare, interessengeleitete und untaugliche Extremismus-Theorie im Amt weiter fröhliche Urständ feiert. Unreflektiert werden Begriffe und Einschätzungen per Copy & Paste übernommen.“

Die vereinbarte Revision des Berichtswesens des Verfassungsschutzes wurde offenbar nicht umgesetzt. Auch die Forderung nach einer höheren Personal- und Sachausstattung beim Thüringer Geheimdienst weise ich zurück. Die gemeinsame Vereinbarung von SPD, Grünen und LINKEN ist – trotz der zu respektierenden unterschiedlichen Positionen zur Notwendigkeit des Amtes in der Koalition –, die personelle und sachliche Ausstattung an die veränderte, sprich begrenzte, Aufgabenbeschreibung anzupassen“, so die Fraktions- und Landesvorsitzende abschließend. ■